

20.11.2014, 16:19 Uhr

EU-Kommission verspricht mehr Transparenz

Licht auf Lobbyisten

Fabian Fellmann, Brüssel 20.11.2014, 16:19 Uhr



Frans Timmermans, der Vizepräsident der EU-Kommission, will mit mehr Transparenz das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen. (Bild: EPA)

Spitzenbeamte der EU müssen künftig Treffen mit Lobbyisten öffentlich machen. Auch die heiklen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA sollen transparenter werden.

Die Kritik ist so alt wie die europäische Gemeinschaft: Lobbyisten, vor allem jene der Wirtschaft, hätten zu viel Einfluss in Brüssel. Die Energiewirtschaft etwa soll erreicht haben, dass die Subventionen für erneuerbare Energien zusammengestrichen werden. Aufgegleist hat das die EU-Kommission im Frühling 2014, kurz vor ihrem Mandatsende.

Werben um Vertrauen

Die neue EU-Kommission kontert solche Kritik, indem sie künftig mehr Einblick

in ihre Kontakte mit Interessenvertretern geben will. «Früher erwartete eine Regierung von der Öffentlichkeit Vertrauen. Heute verlangt die Öffentlichkeit Auskunft. Und die wollen wir geben», sagte Vizepräsident Frans Timmermans am Mittwoch. Die Kommission hat in ihrem Programm die Transparenz grossgeschrieben. Sie will damit Vertrauen zurückgewinnen, das sie bei den Bürgern verloren hat – was sich bei den Wahlen im Erfolg der EU-Skeptiker äusserte, in Grossbritannien, Frankreich und weiteren Ländern.

Die EU-Kommission hat darum über eine Transparenz-Initiative diskutiert, welche in den nächsten Wochen verabschiedet werden soll. Die Kommissare sollen ab dem kommenden 1. Dezember all ihre Treffen mit Interessenvertretern auf ihrer Website publizieren, spätestens drei Wochen nach dem Kontakt. Die Pflicht soll auch für die Kabinette der Kommissare sowie Generaldirektoren gelten. Gleichzeitig sollen sich Vertreter der Kommission nur noch mit Lobbyisten treffen dürfen, die sich im Transparenzregister der EU eingetragen haben.

Die EU-Kommission würde mit diesem Schritt weiter gehen als das EU-Parlament. Dieses hat im Frühling zwar seine Bestimmungen ebenfalls verschärft. Nur wer im Transparenzregister eingetragen ist, erhält Zutritt zum Parlamentsgebäude. Ausserhalb dürfen Parlamentarier aber immer noch jeden Interessenvertreter treffen, ohne dies zu deklarieren.

Wirkung umstritten

Die Wirkung des 2011 geschaffenen Registers ist umstritten; es basiert auf Selbstdeklaration, etwa zur Anzahl Lobbyisten einer Firma und ihrem Budget für Brüssel, und strotzt darum vor Fehlern. Bisher haben sich laut Schätzungen rund 75 Prozent der Lobbyisten und 60 Prozent der Nichtregierungsorganisationen angemeldet. Kritiker bemängeln indes, durch die falschen Einträge entstehe ein komplett falsches Bild der Verhältnisse in Brüssel.

Das grösste Transparenz-Problem machen viele Beobachter ohnehin bei den Parlamentariern selbst aus. Diese nehmen es beim Ausfüllen ihrer Interessenerklärung nicht immer sehr genau, obwohl sie dort jegliche Einkünfte aufführen müssten. Bisher haben sich Medien und andere Parlamentarier aber als scharfe Wachhunde erwiesen; mehrere Abgeordnete mussten ihre Erklärung bereits nachbessern. Derselbe Druck soll die Kommissare und EU-Beamten laut Timmermans dazu bringen, ihre Treffen sauber zu rapportieren – denn kontrolliert wird die Einhaltung der neuen Bestimmung nicht systematisch.

Unklar ist, wie die Kommission mehr Transparenz über die Experten schaffen will, die sie zu Rat zieht. Diskutiert wird über eine umfassende Deklarationspflicht aller Interessenbindungen der Experten. Allerdings gerät die Kommission dabei in Konflikt mit datenschutzrechtlichen Bestimmungen, und Fachleute dürfen nicht gezwungen werden, Geschäftsgeheimnisse preiszugeben.

Exempel an Freihandelsabkommen

Die EU-Kommission will für ihren guten Willen, mehr Transparenz zu schaffen, an einem besonders delikaten Beispiel ein Exempel statuieren. Derzeit verhandeln die EU und die USA über ein Freihandelsabkommen. Diese Verhandlungen werden in der europäischen Öffentlichkeit kritisch verfolgt. Umwelt- und Konsumentenschützer befürchten ein Verwässern der europäischen Standards, die Bauern eine Schwemme billiger amerikanischer Landwirtschaftsprodukte.

Die neue EU-Kommission will nun offener über den Verlauf der Verhandlungen informieren; sie prüft etwa, ihre Verhandlungsunterlagen wie Mandate nicht nur einigen ausgewählten Parlamentariern, sondern dem ganzen Gremium zugänglich zu machen. Zudem will sie alle Dokumente dazu veröffentlichen, welche sie den Mitgliedsländern geschickt hat. Vertraulich bleiben sollen nur jene Papiere, deren Publikation die Verhandlungsposition der EU schwächen könnte.

Wenn die EU-Kommission und das Parlament allerdings transparenter werden, wirft das ein umso stärkeres Schlaglicht auf die Strukturen im Rat, wo die Mitgliedsländer vertreten sind. Dort herrscht noch sehr wenig Transparenz, weil die Mitgliedsländer fürchten, durch die Preisgabe von Informationen ihren Handlungsspielraum für Kompromisse einzuschränken.

MEHR ZUM THEMA

Verbindliche Standesregeln
**Lobbyisten wollen selber
Transparenz schaffen**
11.3.2014

Studie zur Korruption in der EU
Kritik an der Intransparenz
24.4.2014, 19:46 Uhr

EU-Kommissions-Vizepräsident Timmermans
**Junckers Mann für den
Bürokratieabbau**
3.11.2014, 09:30 Uhr